

Berliner Morgenpost.de

POLITIK

Roman Herzog geißelt Bürokratie

Konvent für Deutschland fordert klare Zuständigkeiten für Bund und Länder

Berlin - Altbundespräsident Roman Herzog hat einen schnellen und umfangreichen Bürokratieabbau gefordert. "Wir wollen, dass die Menge an Paragrafen einfach reduziert wird", sagte Herzog in Berlin auf einer Veranstaltung des überparteilichen Konvents für Deutschland, dessen Vorsitzender er ist. Darüber hinaus sprach er sich für eine Reform der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern noch in dieser Legislaturperiode bis 2009 aus.

Die Föderalismusreform II müsse angepackt werden, solange die große Koalition im Amt sei, sagte Herzog. Nun sei die Regierung in einer Situation, Dinge ankurbeln zu können. Unter anderem müsse die Mischfinanzierung zwischen Bund und Ländern, insbesondere der Gemeinschaftsaufgaben abgeschafft werden.

Auch der ehemalige Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) erklärte, eine Finanzverfassungsreform sei zwingend. Der Föderalismusreform I müsse der zweite Teil folgen, weil ansonsten die Zuständigkeit der Länder im Bildungsbereich nicht zu verantworten sei. "Wir müssen im Bildungssektor etwas tun." Das gehe nur, wenn die Finanzausstattung der Länder verbessert werde. Eine Länderneugliederung sei wegen des Widerstands aus den Ländern momentan kaum umzusetzen. Aber Kooperationsabkommen seien möglich.

Der SPD-Politiker Klaus von Dohnanyi erklärte ebenfalls, der Länderfinanzausgleich müsse im Kern geändert werden. Der aktuelle Verteilungsmechanismus sei undurchsichtig. Grundlage der Bemessung müsste die Wirtschaftsleistung pro Einwohner werden.

Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel erklärte, Bürokratie lähme und koste viel Geld. In Deutschland existierten allein auf Bundesebene rund 88 000 Vorschriften. Und die große Koalition habe mit ihrer Gesetzesflut bereits nach einem Jahr mit der rot-grünen Vorgängerregierung gleichgezogen.

Nach Erhebungen der OECD gehört Deutschland zu den Schlusslichtern unter den Industriestaaten in der Entbürokratisierung und Deregulierung. AP

Aus der Berliner Morgenpost vom 10. Dezember 2006